



### Presseschau vom 15.10.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Vormittags:

De.sputniknews.com: Der humanitäre Hilfskonvoi des Zivilschutzministeriums Russlands für die ostukrainische Industrieregion Donbass ist an der Grenze zur Ukraine eingetroffen, berichtete der Pressedienst der Behörde.

„Alle Lastwagen des Konvois werden an zwei Kontrollposten – Matwejew Kurgan und Donezk – den entsprechenden Zoll- und Grenzformalitäten unterzogen. Nach deren Abschluss werden die Autos an ihre Bestimmungsorte – Donezk und Lugansk- fahren.“ Der Hilfskonvoi besteht aus insgesamt rund 100 LKW, die mehr als 1.100 Tonnen humanitäre Hilfsgüter bringen. Es handelt sich dabei um Lebensmittel – Konserven, Getreidebrei, Tee und Salz – sowie Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Schreibwaren, Feuerlöschschränke und Medikamente.

Das ist bereits der 41. humanitäre Hilfskonvoi seit August 2014. Insgesamt hat das Zivilschutzministerium in diesem Zeitraum mehr als 49.000 Tonnen humanitäre Hilfsgüter in den Donbass gebracht.

Ende September hatte der Leiter der Behörde, Wladimir Putschkow, erklärt, dass das Ministerium bis Jahresende jede Woche humanitäre Hilfskonvois in das ostukrainische Krisengebiet schicken werde.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30494/69/304946929.jpg>

Dan-news.info: Kiew ignoriert das in den Minsker Vereinbarungen vorgeschriebene Prinzip des Austauschs von Gefangenen „alle gegen alle“ und veranstaltet jedes Mal einen Handel in der Untergruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen über die Größenordnung des nächsten Austausches. Darüber informierte eine Quelle aus der Nähe des Verhandlungsprozesses.

„Nach dem Austausch von Listen der Seiten begann der Handel. Im Ergebnis wurden 10 von der ukrainischen Seite und vier von Seiten der LVR bekannt gegeben“, teilte der Gesprächspartner der Agentur mit.

Er unterstrich, dass die DVR und die LVR bei den vorhergehenden Treffen bei der Vorlage der Austauschlisten der Zahl der Gefangenen keine Bedeutung zumaßen, selbst wenn von Seiten der DVR eine größere Zahl vorgeschlagen wurde als von der Ukraine.

Lug-info.com: Die Lastwagen des 41. Konvois des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass ist in Lugansk eingetroffen, in der nächsten Zeit beginnt das Abladen.

Wie ein offizieller Vertreter des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der LVR sagte, haben heute 40 Lastwagen mehr als 540 Tonnen Güter in die Republik geliefert.

Nach seinen Worten sind darunter 32 Tonnen Medikamente, 154 Tonnen Salz, 344 Tonnen Lebensmittel, vor allem Konserven und Grieß.

De.sputniknews.com: Neue Hürde für Kiew: Niederlande plant Referendum über Assoziierungsabkommen

Die nationale niederländische Wahlbehörde hat jetzt ein Referendum über den Assoziierungsvertrag zwischen der EU und der Ukraine gebilligt, das nun, wie Dutch News berichtet, innerhalb eines halben Jahres stattfinden soll.

Die Initiatoren des Referendums hatten mehr als die dafür erforderlichen 300.000 Unterschriften gesammelt. Die Idee der Abstimmung stammt vom Komitee Geenpeil, das gegen die EU-Erweiterung auftritt und den Standpunkt vertritt, dass „der Assoziierungsvertrag mit der Ukraine dem demokratischen System der Niederlande nur schaden würde“.

Einige Experten hatten zuvor die Meinung geäußert, dass schon die Idee eines solchen Referendums hinsichtlich der Einheit der EU-Politik in Bezug auf die Ukraine fragwürdig erscheint.

„Es ist unklar, welche Auswirkung die Abstimmung auf die niederländische Staatspolitik haben kann, das Referendum selbst könnte aber die EU-Politik weiter erschweren, weil damit der Hauptvertrag mit Kiew in Frage gestellt wird“, schrieb in diesem Zusammenhang die „Financial Times“.

Das Assoziierungsabkommen kann nur in dem Fall in Kraft treten, wenn der entsprechende Beschluss von allen EU-Mitgliedsländern einstimmig angenommen wird, betonte das Blatt. Das niederländische Parlament hat das Dokument bereits gebilligt, die Zweckmäßigkeit dieses Beschlusses wird nun aber von der niederländischen Öffentlichkeit angezweifelt.

Dan-news.info: Ein Wohnhaus wurde in der Folge eines nächtlichen Beschusses des nördlichen Teils von Gorlowka durch ukrainische Truppen beschädigt. Dies teilte heute der Bürgermeister der Stadt Roman Chramenkow mit.

„In der Folge eines Granatbeschusses von Golmowskij wurde in einem Wohnhaus die Verglasung und ein Zaun beschädigt“, sagte er.

Nach den Worten Chramenkows gibt es keine Toten und Verletzten in der Folge des Beschusses.

De.sputniknews.com: Große westliche Medien verbreiten gezielte Fehlinformationen über den niederländischen Expertenbericht zum Absturz der malaysischen Passagiermaschine Flug MH17 über der Ostukraine, wie der US-Politologe Paul Craig Roberts sagte.

Unter anderem handele es sich um die Mitteilung des Korrespondenten des amerikanischen „Nationalen Öffentlichen Radiosenders“ (NPR) Corey Flintoff, wonach die Rakete, die das Flugzeug getroffen hatte, von den Volksmilizen abgefeuert worden sein könnte, die die Kontrolle über das Lenkungssystem verloren hätten.

„Der niederländische Bericht enthält aber nichts, was zu einer solchen Schlussfolgerung führen könnte. Flintoff ist entweder inkompetent oder drückt seinen Standpunkt an Stelle der Berichtsangaben aus.“

Umgekehrt werde im Bericht die Ukraine dafür verantwortlich gemacht, dass sie den Luftraum über dem Kampfgebiet für Passagiermaschinen nicht gesperrt habe. Einige Familien erhoben sogar Anklage gegen die Ukraine wegen Fahrlässigkeit, schreibt Roberts und verweist darauf, dass Flintoff diese Fakten in seinem Beitrag nicht erwähnt habe.

Laut Roberts haben westliche Medien die Geschichte „Das haben die Russen getan“ über den Flugzeugabsturz voll und ganz zu ihrer Veröffentlichungsgrundlage vorbereitet. Diese Anschuldigung half damals Washington, Europa von der Notwendigkeit der Sanktionen gegen Russland zu überzeugen.

„Eine Sache, die Washington nie erklärt hat, und die Frage, die westliche Medien nie stellen, ist folgende: Welche Motive verfolgten die Volksmilizen und Russland, wenn gerade sie die malaysische Maschine abgeschossen hätten?“, fragte Roberts und ergänzte, es gebe keine Antwort auf diese Frage.

Während die Motive Washingtons durchaus klar seien, wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen Europa und Russland zu unterbinden. Laut dem Politologen hat der Hersteller der BUK-Luftabwehrraketen Almaz-Antey den Unterschied zwischen den Raketen des Typs Buk angegeben – einige Raketenarten werden ausschließlich in der Ukraine genutzt, während die Raketen, die in Russland in Dienst stehen, eine viel größere zerstörerische Wirkung haben.

„Der dem malaysischen Flugzeug zugefügte Schaden ist mit der zerstörerischen Wirkung der russischen Buk-Rakete nicht vergleichbar. Diese Fakten wurden an die niederländischen Experten weitergegeben. Dennoch haben sie keine weiteren Untersuchungen unternommen. Der niederländische Bericht setzt nicht einmal die Frage auf die Tagesordnung, ob das Flugzeug von ukrainischen oder russischen Waffen abgeschossen wurde“, schreibt der Politologe.

Die fehlende Unabhängigkeit der westlichen Medien mache die jeweiligen Gesellschaften

„politisch schwach“. Die Aufgabe der Medien sei dort die Propaganda und das Vertuschen der von der Regierung begangenen Straftaten, so Roberts...

Lug-info.com: Die Volksmiliz der LVR hat heute den nach den Minsker Vereinbarungen vorgesehen Abzug von Granatwerfern eines Kalibers unter 120mm von der Kontaktlinie begonnen.

Derzeit findet insbesondere der Abzug von Granatwerfern aus dem Bereich des Alexandrowsker Truppenübungsplatzes statt.

Dan-news.info: Ein Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF hat heute mehr als 650 Tonnen verschiedener Güter in die DVR geliefert, teilte das Koordinationszentrum für den Wiederaufbau der DVR mit.

„Der 41. humanitäre Konvoi aus Russland hat mehr als 650 Tonnen humanitäre Hilfe in die Republik geliefert, darunter 600 Tonnen Lebensmittel 32 Tonnen Medikamente und vier spezielle zielgerichtete Lieferungen – Gegenstände des täglichen Bedarfs, Lebensmittel, Schreibwaren und Polyäthylenplanen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Zuvor hatte der Leiter des Koordinationszentrums Wladislaw Tomaschewskij mitgeteilt, dass zielgerichtete Lieferungen für die Stadt Debalzewo, das Bildungsministerium, das Donezker Gymnasium Nr. 401 und das Donezker kommunale Wärmeunternehmen „Oasis“ vorgesehen sind.

De.sputniknews.com: Die angebliche Veröffentlichung von Personaldaten russischer Piloten, die gegen den IS in Syrien kämpfen, in ukrainischen Medien hat der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow als „Bösartigkeiten“ bezeichnet und betont, dass alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von russischen Militärs unternommen werden.

„Ich höre darüber, ehrlich gesagt, zum ersten Mal. Unsere Geheimdienste verfolgen das jedoch sicherlich sehr aufmerksam. Das ist selbstverständlich ein feindseliger Schritt unserem Land und unseren Militärs gegenüber. Es werden zweifelsohne alle notwendigen Maßnahmen unternommen, um die Sicherheit unserer Piloten zu gewährleisten“, sagte Peskow.

Zuvor hatte der Berater des ukrainischen Innenministers, Anton Geraschtschenko, vorgeschlagen, auf der Webseite „Mirotworez“, auf der seit Januar 2015 „Feinde“ des ukrainischen Staates geführt werden, Fotos und andere persönliche Daten jener russischer Piloten zu veröffentlichen, die Angriffe gegen die IS-Terroristen in Syrien fliegen. Dies würde den Terroristen und deren „Mitstreitern“ in Russland helfen, „sich dem Scharia-Gesetz gemäß an den Piloten zu rächen“, argumentierte der Kiewer Politiker.

Daraufhin hatte das Untersuchungskomitee Russlands ein Ermittlungsverfahren gegen Geraschtschenko nach Artikel 205.2 des Strafgesetzbuches Russlands über „Öffentliche Aufrufe zur Ausübung terroristischer Handlungen oder öffentliche Rechtfertigung des Terrorismus“ eingeleitet...

Dan-news.info: Die Behörden der frontnahen Bezirke von Donezk haben in der Nacht keine Verletzungen des Regimes der Ruhe durch die ukrainischen Truppen festgestellt.

„Zum Glück ist bei uns alles normal, keine Beschüsse“, sagte der Leiter der Verwaltung des Kiewskij-Bezirks Walentin Lewtschenko.

Vergleichbare Informationen kamen auch aus den Bezirken Kujbyschewskij, Petrowskij und Kirowskij der Hauptstadt.

„Alles ist ruhig, alles gut“, unterstrich der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirks Iwan Prichodko.

Lug-info.com: Die LVR hat ihre Verpflichtungen zum Abzug von Granatwerfern von der Kontaktlinie erfüllt, teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Volksmiliz der LVR Generalmajor Sergej Koslow mit.

„Dies ist die abschließende Etappe. Wenn die ukrainische Seite dies auch erfüllt, ist es möglich, zur zweiten Etappe überzugehen“, erklärte er.

„Der Sektor „Nord“ hat alle Vereinbarungen erfüllt. Die Volksmiliz der LVR hat alle Vereinbarungen, die die politische Führung unserer Republik unterzeichnet hat, erfüllt. Die LVR hat die Granatwerfer auf die vorgesehene Distanz abgezogen. Morgen wird die OSZE die Verifikation der abgezogenen Waffen durchführen“, sagte Koslow.

Dnr-online.ru: Die zweite Sitzung der zeitweiligen Kommission des Volkssowjets der DVR zur Ermittlung bezüglich der kriminellen Handlungen des Unternehmers Sergej Kurtschenko und der mit ihm verbundenen Strukturen auf dem Territorium der DVR:

Neben Abgeordneten des Volkssowjets der DVR nahmen an der Sitzung der zeitweiligen Kommission Vertreter der Koordination für strategische Produktionsentwicklung bei der Administration des Oberhauptes der DVR, des Kohle- und Energieministeriums der DVR und der Generalstaatsanwaltschaft der DVR teil. „Auf der Sitzung waren Berichte eingeladener Spezialisten über die Aktivitäten von Sergej Kurtschenko und der mit ihm verbundenen Strukturen auf dem Territorium der Republik zu hören. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Ereignissen um das Unternehmen „Donobgas“ gewidmet“, teilte die Vorsitzende der Kommission Marina Shejnowa mit.

Im Ergebnis der Sitzung der zeitweiligen Kommission wurde einstimmig die Entscheidung getroffen, Stellungnahmen der Abgeordneten an das Kohle- und Energieministerium, das Ministerium für Abgaben und Steuern, das Innenministerium, das Staatssicherheitsministerium und die Generalstaatsanwaltschaft der DVR zu richten. Die nächste Sitzung der Kommission ist für den 19. Oktober 2015 geplant.

De.sputniknews.com: Die zweitgrößte deutsche Fluglinie Air Berlin stellt ab 18. Januar Verbindung zwischen Moskau und Berlin wegen geringer Nachfrage ein. In den nachfolgenden Monaten werden dann auch Flüge zwischen Düsseldorf und Moskau, sowie Berlin und Kaliningrad gestoppt, heißt es in der Mitteilung der Fluggesellschaft.

Wegen zu geringer Nachfrage habe Air Berlin eigenen Angaben zufolge bereits mehrmals seit Jahresanfang seinen Flugplan nach Russland geändert. Leider hätte sich die Nachfrage den Erwartungen nicht angepasst. Deswegen sei nun die Entscheidung getroffen worden, Flüge nach Russland zu stoppen.

Die Fluglinie befinde sich in einem Prozess der Umstrukturierung und überprüfe generell die Strategie bei der Entwicklung ihres Streckennetzes.

Dabei machte Air Berlin deutlich, dass der Vertrag über eine gemeinsame Nutzung von S7-Flügen zwischen Moskau und deutschen Städten in Kraft bleibt. Die Strecken würden jedoch, entsprechend der neuen Bedingungen, überprüft.

Für eingestellte Flüge, die bereits gebucht wurden, werden alternative Flüge der Air Berlin-Gruppe, sowie von Partner-Fluglinien angeboten.

Dnr-online.ru: Das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko kommentierte gegenüber der offiziellen Seite der DVR die Forderung Poroschenkos, die Ergebnisse der Wahlen der Oberhäupter unserer Republiken vom 2. November für ungültig zu erklären.

„Auf welcher Grundlage? Auf der, dass Poroschenko Angst hat, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen? Schämt er sich, sich mit dem an den Verhandlungstisch zu



geblieben. Das Anwachsen des Anteils der Bewertungen als „eindeutig positiv“ kann als positive Tendenz gesehen werden.

Negativ wird der Prozess des Wiederaufbaus der heimischen Unternehmen von 8,4% bewertet.

Nicht festlegen wollen sich 15,2%.

Die größte Anzahl positiver Bewertungen sind in folgenden Orten und Bezirken der DVR zu beobachten: Makejewka (88,2%), Telmanowo-Bezirk (75,0%), Shdanowka (70,0%), Donezk (69,1%), Starobeschewo-Bezirk (68,0%), Amwrosiewskij-Bezirk (67,0%), Schachtjorsk (63,9%).

Die größten Zahlen bezüglich eindeutig positiver Bewertungen werden in folgenden Ortschaften festgestellt: Makejewka (56,8%), Telamanowo (37,5%), Donezk (33,3%).

Die größte Anzahl negativer Bewertung gaben die Einwohner von Gorlowka und Dokutschajewsk ab. Diese Städte befinden sich in der Nähe der Frontlinie, ihre Infrastruktur und Produktionsbetriebe wurden besonders von den Kämpfen betroffen, was sich zweifellos auf den Wiederaufbauprozess und damit auf die Bewertungen auswirkt.

Insgesamt kann man angesichts dieser Ergebnisse von einer Unterstützung des eingeschlagenen Kurses zur Entwicklung der Ökonomie des Landes sprechen.

De.sputniknews.com: Die niederländischen Ermittler, die zum MH17-Abschuss in der Ost-Ukraine ermittelten, haben nach Angaben der russischen Luftfahrtbehörde Rosaviazija das Funktionsprinzip der Buk-M1-Rakete nicht gekannt und daher falsche Schlüsse gezogen. Der für die MH17-Untersuchung zuständige Sicherheitsrat der Niederlande (OVV) hat am 13. Oktober einen Endbericht vorgestellt. Darin hieß es, dass die malaysische Passagiermaschine mit 298 Menschen an Bord im Juli vergangenen Jahres über der Ost-Ukraine mit einer Boden-Luft-Rakete des Typs Buk-M1 der Serie 9M38 mit einem Gefechtskopf des Typs 9M38 abgeschossen worden war. Die Ermittler nannten keinen genauen Abschusort der Rakete. Laut ihnen war das mögliche Abschussgebiet im Osten der Ukraine 320 Quadratkilometer groß.

„Der elektronische Zünder dieser Rakete funktioniert anders als die niederländische Seite es vermutet hat“, kommentierte Oleg Stortschewoj, Vizechef der russischen Luftfahrtbehörde Rosaviazija, am Donnerstag. „Unsere Spezialisten haben überzeugend bewiesen: Wenn es sich um eine Luftabwehrrakete Buk-M1 gehandelt hätte, so hätte diese — auf Gegenkurs anfliegend – keine solchen Schäden verursachen können“, sagte Stortschewoj. „Sie wäre nämlich fünf bis sieben Meter weiter geflogen und erst dann explodiert, so funktioniert der Zünder.“

Die Schlussfolgerungen der niederländischen Ermittler seien deshalb unlogisch und es gäbe immer noch keine Sicherheit, dass MH17 mit einer Buk-Rakete vom Himmel geholt worden sei, so der russische Beamte. Er erinnerte daran, dass der Buk-Hersteller Almaz-Antey mit seinem realitätsgetreuen Experiment bewiesen habe, dass eine Buk-M1 die Boeing nur dann auf diese Weise hätte beschädigen können, wenn sie von der Ortschaft Saroschtschenskoje aus abgefeuert worden wäre. Diese Ortschaft sei zum Zeitpunkt der Katastrophe vom ukrainischen Militär kontrolliert gewesen.

Dan-news.info: Die Druckleitung des Kanals Sewerskij Donezk – Donbass im Gebiet des Wohngebiets Majorsk im Norden von Gorlowka, die durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Armee in diesem Sommer beschädigt wurde, ist mit den Kräften des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ wiederaufgebaut worden. Dies teilte der Pressedienst des kommunalen Unternehmens mit.

„Die Reparaturbrigaden haben die Wiederaufbauarbeiten der Druckleitung des Kanals mit einem Durchmesser von 1400mm in Gorlowka an der Pumpstation Majorsk abgeschlossen. Diese Leitung war im Sommer dieses Jahres im Verlauf der Kämpfe beschädigt worden. Das Unternehmen unterstrich, dass für die Reparatur der Wasserleitung die Mitarbeiter der

Wasserwerke die Wasserzufuhr für die Verbraucher nicht einschränken musste. Die Reparaturbrigaden konnten bis jetzt nicht zum dem beschädigten Teil des Kanals von der dritten Pumpstation bis zur Schuma-Schlucht und zu der Stromleitung gelangen, die die Pumpstation versorgt. In den vergangenen Monaten hatte „Woda Donbassa“ vergeblich versucht, dort mit Reparaturarbeiten zu beginnen: Vor allem im Juli wurden die kommunalen Arbeiter dort von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte in Schuma aus beschossen. „Unsere Spezialisten schicken ständig Anfragen an die OSZE und das Gemeinsame Zentrums, aber eine positive Antwort gibt es bisher nicht“, fasste „Woda Donbassa“ zusammen.

Dan-news.info: Einwohner der DVR sind heute auf eine Protestkundgebung gegen die Aktivitäten des ukrainischen Oligarchen Sergej Kurtschenko gekommen. Etwa 10.000 Demonstranten versammelten sich an dem Büro des Unternehmens „Donezkoblgas“, das von Kurtschenko kontrolliert wird, in der Hauptstadt.

Die heutige Aktion übertraf die gestrige beträchtlich, die am gleichen Ort mit etwa 600 Teilnehmern stattfand. Während gestern an der Kundgebung vor allem Arbeiter des Gasbereichs und von Unternehmen, die unmittelbar von den Unterbrechungen in der Lieferungen von Brennstoffen durch die Handlungen von Kurtschenko betroffen war, teilnahmen, so war die Empörung heute wirklich allgemein.

Alle, die dies wollten, konnten auf der improvisierten Bühne am Eingang des Büros von „Donezkoblgas“ einen Redebeitrag halten und versteckten ihren Zorn gegenüber dem Oligarchen nicht, dessen Aktivitäten die Energiesicherheit der Republik gefährdet haben und gegen den jetzt von den zuständigen Organen ermittelt wird.

Dnr-sovet.su: Der Pressedienst des Apparats des Volkssowjets der DVR unterhielt sich mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der zeitweiligen Kommission zur Fragen der Arbeit der Busbahnhöfe auf dem Territorium der DVR und ihrer Zusammenarbeit mit dem staatlichen Unternehmen „Busbahnhöfe des Donbass“, dem Abgeordneten der Fraktion „Swobodnyj Donbass“ Sergej Swertschkow.

- *Erzählen Sie bitte von der Arbeit der zeitweiligen Kommission. Was war der Grund ihrer Gründung?*

- Entsprechend dem Reglement des Volkssowjets Nr. 11 vom 28.11.14 wurde vor der Annahme einer Gesetzgebung der DVR, die die Organisation der Arbeit der Busbahnhöfe regelt, beschlossen, eine zeitweilige Kommission zu Fragen der Arbeit der Busbahnhöfe auf dem Territorium der Republik und ihrer Zusammenarbeit mit dem staatlichen Unternehmen „Busbahnhöfe des Donbass“ zu schaffen. Gemäß dem Erlass des Präsidiums des Ministerrats Nr. 4-12 vom 18.3.15 ist Gründer des staatlichen Unternehmens „Busbahnhöfe des Donbass“ das Ministerium für Steuern und Abgaben der DVR.

- *Was sind die Aufgaben der Kommission?*

- Die Kommission hat eine Reihe von Aufgaben zur Festlegung des derzeitigen Rechtsstatus der Busbahnhöfe der Republik. Dafür war es notwendig, die Existenz entsprechender Rechtsdokumente zu überprüfen, insbesondere Registrierungen von Unternehmen auf dem Territorium der DVR und Eigentumsrechte am Boden, auf dem die Busbahnhöfe liegen. Entsprechende Informationen wurden offiziell bei den Unternehmen angefordert. All dies sollte dazu beitragen, die Tätigkeit der Busbahnhöfe in einen rechtlichen Rahmen zu stellen.

- *Welche letztendliche Ziel verfolgen die Mitglieder der Kommission?*

- Unser Ziel ist, dass alle Busbahnhöfe, die sich seinerzeit Wladislaw Dreger auf illegale Weise angeeignet hat, Staatseigentum werden. Wir erinnern uns an die 90er Jahre, als es möglich war, Aktien praktisch für nichts zu erhalten und damit beschäftigte sich gerade der Geschäftsmann Dreger. Wir führen jetzt einen aktiven Kampf gegen die Korruption und illegale Aneignung von Eigentum, und sobald eine dem Recht entsprechende Arbeit aufgebaut ist, kann man unser Ziel als erreicht betrachten.

- *Worin liegen die Ursachen für die mehrfachen Verlängerungen der Arbeit der Kommission?*  
- Derzeit gibt es leider keine feste Zusammenarbeit mit dem staatlichen Unternehmen „Busbahnhöfe des Donbass“. Grund dafür ist ein Wechsel der Leitung, die aus nicht nachvollziehbaren Gründen mit uns keinen Kontakt aufnimmt. Wir haben mehrfach Anfragen als Abgeordnete gestellt, die Leiter des Unternehmens „Busbahnhöfe des Donbass“ auf Sitzungen eingeladen, auf die sie aber nicht gekommen sind. Gestern fand eine weitere Sitzung der zeitweiligen Kommission statt, auf der eine Strategie erarbeitet wurde, um auf gesetzliche Weise Aktivitäten der Leitung des Unternehmens gemäß dem Beschluss des Volkssowjets über die Zusammenarbeit mit dem staatlichen Unternehmen „Busbahnhöfe des Donbass“ zu erreichen.

- *Mit welchen Schwierigkeiten musste die Kommission in ihrer Arbeit kämpfen?*

- Es gab Probleme mit der ausführenden Gewalt – insbesondere mit einigen Ministerien und Behörden der DVR. Wir wollen, und das ist richtig, dass sie mit den Abgeordneten zusammenarbeiten und die notwendige Information für eine produktive Arbeit zur Erfüllung der Aufgaben der Abgeordneten liefern. Wir alle wollen in einem Rechtsstaat leben, wo ausschließlich das Gesetz regiert. Um dieses Ziel zu erreichen ist es notwendig, eine effektive Zusammenarbeit der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalten zu organisieren.

Für uns als vom Volk Gewählte ist es unverständlich, dass einige Vertreter der ausführenden Gewalt tatsächlich dazu beitragen, dass Wladislaw Dreger weiter seine Millionen verdienen kann. Das ist keine Kleinigkeit, aber leider gibt es von Seiten der ausführenden Behörden aus irgendeinem Grund keinerlei Aktivitäten, um die Busbahnhöfe in staatliches Eigentum zu überführen.

Die zeitweilige Kommission arbeitet bereits seit 7 Monaten, und alle Verpflichtungen unsererseits wurden erfüllt. Die einzige Bewegung besteht darin, dass das staatliche Unternehmen „Busbahnhöfe des Donbass“ beginnt, eine interne staatliche Koordination einzuführen, aber Rechenschaft können wir darüber nicht erhalten, weil sie nicht mit uns zusammenarbeiten. Wenn das so weitergehen wird, ist uns klar, dass wir uns an die Rechtsschutzorgane wenden müssen.

De.sputniknews.com: oskau hält an seinem Standpunkt zur ukrainischen Staatsschuld gegenüber Russland fest: Die drei Milliarden US-Dollar in Bezug auf die im Dezember ablaufenden Eurobonds müssen zurückgezahlt werden, ansonsten würde das die Zahlungsunfähigkeit der Ukraine bedeuten, wie der russische Kreml-Sprecher Dmitri Peskow Journalisten sagte.

„Bezüglich der Schulden gibt es keine Änderungen der Position Russlands“, so Peskow. Er erinnerte daran, dass der russische Präsident Wladimir Putin und der Finanzminister Anton Siluanow zuvor erklärt hatten, dass Moskau keine Umstrukturierung der ukrainischen Schuld von drei Milliarden US-Dollar beabsichtige und erwarte, dass diese im Dezember des laufenden Jahres vollständig zurückgezahlt wird.

„Natürlich sieht eine Default-Situation ein bestimmtes Prozedere vor: Zahlungsunfähigkeit ist nun einmal Zahlungsunfähigkeit“, sagte Peskow auf die Frage, ob Russland seine Interessen vor einem internationalen Gericht verfechten würde.

Diese Erklärung gab der Kreml-Sprecher angesichts der Forderung des ukrainischen Premierministers Arseni Jazenjuk ab, die ukrainische Schuld von drei Milliarden Dollar bis zum 29. Oktober abzuschreiben. Anderenfalls, so Jazenjuk, werde sich Kiew an internationale Gerichte wenden.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR ist in den letzten 24 Stunden angespannt gewesen.

„Die ukrainischen Truppen haben zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Mit

82mm Granatwerfern wurde von den Positionen der einzelnen mechanisierten Brigade unter dem Kommando des Oberst Wladislaw Klotschkow der Flughafen von Donezk beschossen. Auch wurde aus Richtung Majorsk mit Schusswaffen und Granatwerfern das Bergewerk 6/7 von Gorlowka beschossen.

Durch die Aufklärung der DVR werden ständig Fakten von Verletzungen der Minsker Vereinbarungen über den Abzug schwerer Waffen eines Kalibers über 100mm auf einen Abstand von 50 und 70 km von der Kontaktlinie festgestellt. So wurde in Krasnogorowka, 3 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von zwei Artilleriegeschützen festgestellt. In Maximiljanowka, 9 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von 5 Mehrfachraketenwerfern „Grad“, 5 Artilleriegeschützen und 15 Haubitzen D-30 festgestellt. In Konstantinowka, 12 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von drei Artilleriesystemen „MSTA-B“ festgestellt. Auch wurde eine Konzentration von schweren Waffen im Gebiet von Artjomwosk festgestellt, wo 30 Panzer und Panzertechnik eintrafen. Wir haben mehrfach Verminungen durch die ukrainischen Truppen des von ihnen kontrollierten Gebiets in der Nähe der Kontaktlinie festgestellt. Eine Bestätigung dafür ist die Ankunft von einem Transport mit 20 Stück entsprechender Technik in Dsershins, 5km von der Kontaktlinie.

Ich möchte auf den Beschuss der Ortschaft Weseloje am 10. Oktober eingehen. Die OSZE-Mission hat in ihrem Bericht festgestellt, dass die Ortschaft mit 60mm-Granatgeschossen beschossen wurde. Aber es ist zuverlässig bekannt, dass die Ukraine Granatwerfer und Granatgeschosse eines solchen Kalibers nicht herstellt. Also gibt die ukrainische Führung trotz der traurigen Lage ihrer Wirtschaft und dem niedrigen Lebensniveau der Bevölkerung weiterhin Budgetmittel für den Kauf tödlicher Waffen in dritten Ländern aus, die ihrerseits durch die Verkauf von Waffen die internationale Gesetzgebung verletzen“, erklärte Eduard Basurin.

### **Abends:**

De.sputniknews.com: Der kubanische Botschafter in Damaskus hat in einem Telefongespräch mit Sputnik die Meldungen über die Präsenz kubanischer Truppen in Syrien als nicht zutreffend erklärt.

Zuvor hatte eine Reihe von Medien unter Berufung auf einen US-Sprecher gemeldet, dass kubanische bewaffnete Bodentruppen und Spezialeinsatzkommandos sich angeblich in Syrien befinden würden. Außerdem wurde mitgeteilt, dass der Befehlshaber der kubanischen Streitkräfte mit einer Gruppe von Militärangehörigen Syrien besucht habe.

„Das ist ein völliger Blödsinn. Man könnte genauso gut behaupten, dass Russland seine Truppen nach Madagaskar geschickt hat, um die Lemuren zu schützen“, sagte der Botschafter....



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30496/79/304967974.jpg>

Dnr-online.ru: Der staatliche Konzern „Donbassgas“ informiert die Einwohner der Republik, dass zum Zweck der ungesetzlichen Einziehung von Geldmitteln von den Einwohner der DVR das ukrainische Unternehmen „Donezkoblgas“ eine propagandistische Kampagne über Internetressourcen entfacht hat mit dem Aufruf, Zahlungsrückstände für Gas an ukrainische Banken über die Seite „Oschtschadbank“ zu leisten.

Wir erinnern daran, dass auf dem Territorium der DVR Zahlungen für Gas ausschließlich über die Zentrale Republikanische Bank der DVR und die Kassen des staatlichen Konzerns „Donbassgas“ erfolgen. Zahlungen, die über Internetseiten oder an Banken der Ukraine geregelt werden, können nicht als Gaszahlungen von Personen, die auf dem Territorium der DVR leben, berücksichtigt werden.

Fallen Sie nicht auf die Tricks des ukrainischen Unternehmens „Donezkoblgas“ herein.

De.sputniknews.com: Kampfjetpiloten aus Russland und Israel haben mit gemeinsamen Trainings begonnen, die ihnen helfen sollen, eine unbeabsichtigte Konfrontation am Himmel über Syrien zu vermeiden.

Das erste Training habe am Mittwoch stattgefunden, bestätigte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, am Donnerstag in Moskau. Man habe das Zusammenwirken geübt, um gefährliche Zwischenfälle am Himmel über Syrien zu vermeiden. Der russische Luftwaffenstützpunkt im syrischen Hmeimin und das Kommando der israelischen Luftwaffe hätten zudem einen „heißen Draht“ eingerichtet, um sich gegenseitig über Flüge zu informieren.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin berichtete in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR über die Pläne zum Wiederaufbau und der weiteren Entwicklung der Infrastruktur des Donbass.

„In erster Linie müssen wir den Wohnungsbestand wieder aufbauen. Jetzt bauen wir Häuser wieder auf, die durch die Kämpfe zerstört wurden. Aber es darf nicht der Wohnraum vergessen werden, der einfach unter den ukrainischen Behörden gelitten hat, als 23 Jahre lang nichts beigetragen wurde, sondern nur ausgebeutet. Deshalb ist es nötig alles abzureißen, was nicht wieder aufgebaut werden kann, und neue Häuser zu bauen. Aber wir brauchen auch Unternehmen und technologische Leistungen. Derzeit müssen wir unseren halb anerkannten Zustand nutzen, weil wir jetzt absolut legal technologische Leistungen anderer Länder verwenden können, die ohne überflüssige Dokumente von diesen zur Verfügung gestellt werden können. Und bis zum nächsten Jahr müssen wir einen vollständigen Entwicklungsplan haben und Erfahrungen gesammelt, die wir mit anderen Republiken teilen können, die möglicherweise auf dem Territorium der Ukraine entstehen,“ sagte der Vorsitzende des Volkssowjets.

„Während dieses Winters müssen wir Material vorbereiten und andere notwendige Ressourcen, um im Frühjahr zu beginnen die Ortschaften der gesamten Republik wieder aufzubauen, wie dies in der sowjetischen Zeit war. Mehr noch, wir erhalten Reaktionen von Einwohnern Russlands, die bereit sind zu kommen und uns beim Bau zu helfen. Und ich denke, dass dies nicht nur Bürger der RF sein werden, sondern auch von anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Weil uns, den Slawen, der Kollektivismus zueigen ist.“

Dnr-news.com: Petro Poroschenko sprach sich, unter Berufung auf die Erfahrung der Kiew-Mogiljansky-Akademie, für die Einführung von Englisch als zweite Arbeitssprache im ganzen Land aus.

"Die Mogilyanka hat zuerst beide Arbeitsspracheneingeführt -. Ukrainisch und Englisch, und ich denke, es wäre sehr gut, wenn es in der Ukraine, und das nicht nur in der Mogilyanka, als Arbeitssprache neben Ukrainisch auch noch eine andere Sprache gäbe. Dies müsste dann nach dem Gesetz Englisch sein“, sagte er bei den Feierlichkeiten anlässlich des 400..

Jahrestages der Kiew-Mogiljansky-Akademie in Kiew am Donnerstag.

Er wies darauf hin, dass die Akademie ein Vorreiter liberaler Tendenzen in der ukrainischen Bildung sei.

De.sputniknews.com: Einige Dutzend Menschen haben sich am Donnerstag in der Berliner Innenstadt versammelt, um gegen die Resultate des vom Niederländischen Sicherheitsrat veröffentlichten Abschlussberichts zum MH-17-Absturz zu protestieren.

An der Kundgebung nahmen Mitglieder solcher Organisationen wie „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“, die Anti-NATO-Gruppe Berlin-Brandenburg und die Filiale von „International platform "Global rights for peaceful people“ teil.

Die Hauptforderung der Demonstranten ist die Durchführung einer umfassenden, transparenten und objektiven Untersuchung der MH-17-Katastrophe.

„Die Untersuchung, die von den niederländischen Ermittlern durchgeführt wurde, ist unvollständig, voreingenommen und undurchsichtig“, sagten die Demonstranten. Trotz strömenden Regens hat die Kundgebung bei den vorbeigehenden Berliner und Touristen der Hauptstadt Interesse geweckt: Mehrere Menschen kamen näher, um die Spruchbanner und Plakate zu lesen.

Laut den Teilnehmern der Kundgebung verschärfen die USA die Situation rund um die Ermittlung, im Endeffekt bleibe die Wahrheit über die Ursachen der Katastrophe verborgen.

„Wieso wurden keine Sanktionen gegen die Ukraine eingeführt, wenn doch bekanntgegeben wurde, dass auch dieses Land Verantwortung für die Tragödie trägt? Die internationalen Spezialisten haben keine Antwort auf die Frage, wer tatsächlich am Abschuss schuld ist.

Wieso tragen dann auch die internationalen und deutschen Medien, die monatelang behaupteten, dass gerade Russland hinter dieser Katastrophe steht, keine Verantwortung?“, betonten sie.

Des Weiteren teilten die Demonstranten mit, dass an den nächsten beiden Tagen ähnliche Kundgebungen in Straßburg, Athen und Den Haag stattfinden werden.

Dnr-news.com: Die Ukraine wird vom 1. Januar 2016 an ein nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat für zwei Jahre werden. Die Entscheidung wurde bei der Abstimmung der UN-Vollversammlung am Donnerstag getroffen.

"Für" die Mitgliedschaft des Landes im UN-Sicherheitsrat für den Zeitraum 2016-2017 Jahre stimmten die Vertreter von 177, 14 enthielten sich der Stimme.

Ukraine war der einzige Kandidat aus der Gruppe der osteuropäischen Staaten.

An der Abstimmung nahmen alle 193 Mitgliedstaaten der Weltorganisation teil. Gemäß der UN-Charta findet die Abstimmung geheim statt. Die Ergebnisse verkündete der Vorsitzende

der 70. Tagung der Generalversammlung Mogens Lyukketoft.